

Kanton Luzern

Reorganisation im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Auswirkungen auf den Naturschutz?

von Adrian Borgula, Biologe & Grossrat, Luzern

Mit der Reduktion des Regierungsrates wurden zwei Departemente zum neuen BUWD (Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement) zusammengelegt und unter Regierungsrat Max Pfister reorganisiert. Neu gibt es nur noch 5 Dienststellen. Diverse bisherige wurden zurückgestuft, so auch das Amt für Natur- und Landschaftsschutz zu einer Fachabteilung des „uwe“ (Umwelt und Energie). Als Sprecher der GB-Fraktion habe ich im Grossen Rat mehrere Aspekte dieses Vorhabens deutlich kritisiert. U.a. verlief der Reorganisationsprozess in diesem Departement – soweit dies von aussen zu beurteilen war – als ausgesprochener Top-/Down-Prozess, bezog die Direktbeteiligten, ihr enormes Wissen und ihre Kompetenzen nur mangelhaft und spät mit ein und führte zu einer Machtkonzentration in der Spitze eines Departements, welches doch sehr ausgeprägt auch Interessen vertritt, welche dem Naturschutz zuwider laufen können.

Mit einer sehr umfangreichen Gesetzes-Vorlage wurden gleichzeitig 14 Spezialgesetze angepasst. Neben kaum problematischen formalen Anpassungen wurde das vor einigen Jahren im Planungs- und Baugesetz eingeführte Konzentrationsverfahren (ein Gesuch – ein Entscheid) auf Strassen-, Weg- und Wasserbau ausgeweitet, was durchaus Sinn macht, solange die Ansichten der verschiedenen Fachabteilungen, welche ihre Spezialgesetze zu vertreten haben, genügend berücksichtigt werden. Aber hier sind leider Zweifel angebracht. Und die Zweifel werden weiter genährt dadurch, dass zusätzlich mit der Gesetzesvorlage die Möglichkeit der Beschwerde einer Dienststelle

gegen eine andere abgeschafft worden ist. Dieses Instrument wurde in den letzten vier Jahren sehr selten genutzt: 4 x Forstamt gegen Raumplanungsamt (RPA), 1x Naturschutzamt gegen RPA. Noch im Mai 2003 hatte die Regierung - federführend damals das Departement Huber - betont, dass dieses Instrument zur unabhängigen Prüfung unklarer Sachverhalte gerade bei neu eingeführten Verfahren rechtsstaatlich richtig und sinnvoll sei. Nur gerade drei Monate später vertritt die Regierung eine völlig gegenteilige Meinung, nun unter Federführung des Departements Pfister. Ob die hängigen Fälle jemals gerichtlich entschieden werden, ist nicht klar, denn das BUWD, in dem nun alle beteiligten Amtsstellen unter einem Dach und Chef sind, hat beim Verwaltungsgericht erfolgreich die Sistierung mindestens eines Teils der Fälle beantragt.

Was bedeutet diese Entwicklung für den Naturschutz? Nach meiner persönlichen Einschätzung werden es unter diesen Vorzeichen die Anliegen des Naturschutzes noch schwerer haben als bisher schon. Diskurs und kritische Auseinandersetzung im Departement scheint nicht gefragt zu sein. Dafür spricht übrigens auch die Abschaffung diverser ständiger Kommissionen. Das RPA, welches die Forderung nach einem haushälterischen und schonungsvollem Umgang mit Boden, Natur und Umwelt m.E. oft zu wenig ernst nimmt, entwickelt sich immer mehr zur Magd der Wirtschaftsförderung, wie etwa das Projekt Schifffahrt auf dem Sempachersee zeigt, welches massgeblich durch das Raumplanungsamt gepusht worden ist. Diese Kritik gilt selbstverständlich nicht für alle MitarbeiterInnen des RPA. Für die Naturschutzorganisationen bedeutet dies mehr Wachsamkeit bei Baugesuchen

und allenfalls mehr Einsprachen. Ob wirklich auch alle Gesuche, in denen die Naturschutzorganisationen ihre schutzwürdigen Interessen zu vertreten haben, in geeigneter Weise publik gemacht werden, bleibt noch abzuklären.

Schliesslich wird Mitte März das neueste „Sparpaket“ der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Sparen im Sinn von haushälterischem Umgang mit den Mitteln finde ich gut, aber nun geht es definitiv um Leistungsabbau. Da wird wohl auch der Naturschutz nicht ungeschoren weg kommen. Sicher ist für mich, dass das Naturschutzamt im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel gute Arbeit geleistet hat. Mit der neuen Departementskultur und dem Leistungsabbau ist zu befürchten, dass diese Arbeit deutlich schwieriger werden wird. Und vom Bund her – Stichwort neue National- und Regionalparks - kommen ja auch nicht gerade ermutigende Zeichen... . Aber eines sei zum Schluss gesagt: Die Naturschutzgesetze sind in aller Regel besser als ihre heutige Umsetzung und liefern meistens eine gute Basis für konsequente Naturschutzarbeit!

Hoffentlich hat auch der Naturschutz noch gut lachen nach den Reorganisationen... (Anm. d. Red.)



Max Pfister, Regierungsrat, Chef BUWD (Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)